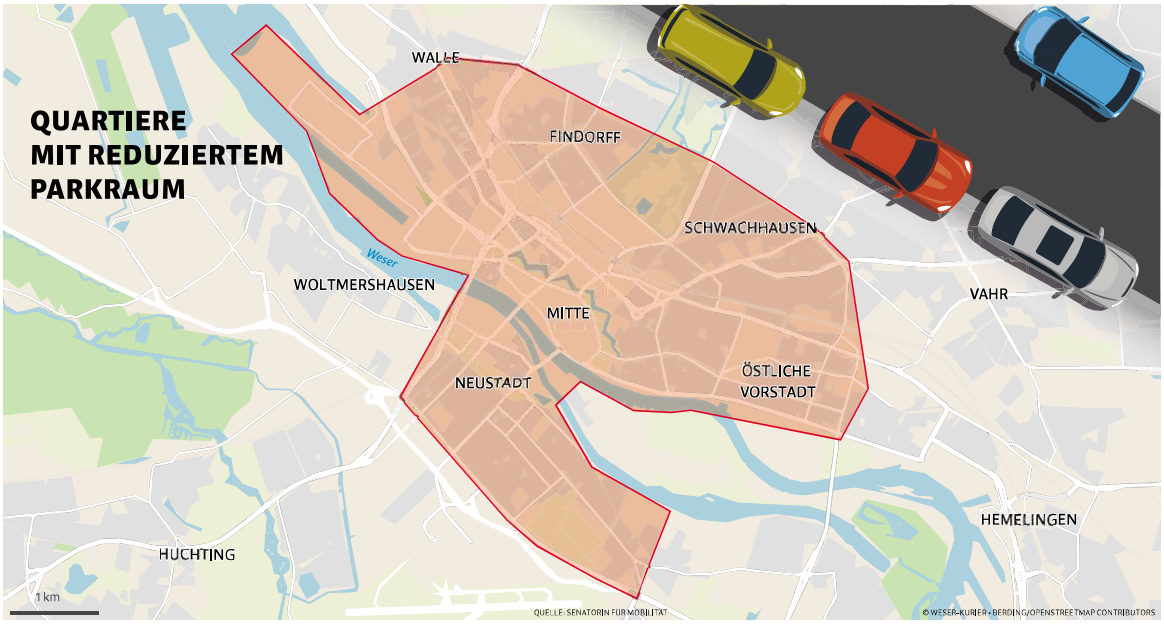
WESHALB DIE NAMEN KARSTADT UND KAUFHOF VERSCHWINDEN WERDEN Seite 17

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

DIENSTAG, 27. JULI 2021 | 77. JAHRGANG | NR. 172 | EINZELPREIS 2,00 €



Legaler Parkraum wird knapp

Bremer Verkehrsbehörde will strenger gegen vorschriftswidriges Parken vorgehen

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. In Bremens innenstadtnahen Wohnquartieren wird es in den nächsten Jahren schwieriger werden, einen freien Parkplatz zu finden. Die Verkehrsbehörde arbeitet an einem Maßnahmenkatalog zum „Ordnen des Parkens“. In der Folge werden viele derzeit noch geduldete Abstell-Möglichkeiten für Pkw wegfallen. Das Parken soll in ausgewählten Zonen nur noch auf entsprechend gekennzeichneten Flächen gestattet sein. Auch das sogenannte Bewohnerparken, für das Berechtigungsausweise erworben werden müssen, soll ausgebaut werden.

Die Vorstellungen des Ressorts von Senatorin Maike Schaefer (Grüne) finden sich in einem Papier, das dem WESER-KURIER vorliegt. Als Ziel wird darin definiert, in den innenstadtnahen Stadtteilen wie Neustadt, Walle, Schwachhausen, Findorff und Östliche Vorstadt eine „StVO-konforme Parksituation“ durchzusetzen. Anders gesagt: Der Straßenverkehrsordnung soll auch im ruhenden Verkehr Geltung verschafft werden.

Dass dies gegenwärtig nicht überall der Fall ist, gilt als unstrittig. So wird zum Beispiel in vielen schmalen Wohnstraßen mit hohem Kfz-Aufkommen „aufgesetzt“ geparkt. Das heißt, die Fahrzeuge stehen zur Hälfte auf dem Bordstein, damit noch eine ausreichend breite Fahrgasse für den Durchgangsverkehr verbleibt – zumindest für normale Pkw. Für Rettungs- und Müllfahrzeuge ist diese Gasse oft die entscheidenden Zentimeter zu eng.

Das Verkehrsressort will konsequent gegensteuern. Es sieht sein Vorgehen durch die Beschlusslage der Bürgerschaft gedeckt. Im Herbst 2020 hatte sich das Parlament dafür ausgesprochen, den Anteil vorschriftswidrig geparkter Autos mittelfristig auf unter zehn Prozent zu senken. Um diesem Ziel näher zu kommen, hat die Verkehrsbehörde eine ganze Reihe von Wohnquartieren im Umfeld der Innenstadt unter die Lupe genommen. Straße für Straße wurde unter der Fragestellung vermessen, wie viel freie Fahrgasse und nutzbarer Bürgersteig gegenwärtig vorhanden sind.

Im Ergebnis wurden sechs Dringlichkeitsstufen für Eingriffe in den ruhenden Verkehr entwickelt. Höchster Handlungsbedarf wird in Straßen gesehen, in denen die Fahrgasse schmaler als 2,80 Meter ist und damit auch die Erreichbarkeit für Rettungsfahrzeuge als gefährdet angesehen werden muss. Bei einer Rest-Gehwegbreite von weniger als 2,50 Metern geht die Verkehrsbehörde zudem von einer „eingeschränkten Barrierefreiheit“ für Fußgänger aus. Auch dieser Faktor bestimmt über die Einordnung eines Quartiers in eine der Prioritätsstufen.

Als Beispiel für ein Quartier mit höchstem Handlungsbedarf gilt das Wohngebiet nördlich und südlich der Münchener Straße in Findorff. Ähnlich eingestuft sind der Bereich zwischen Heimatstraße und Bogenstraße in Walle und Teile der Wohnstraßen zwischen Kleiner Weser und Kornstraße in der Neustadt.

Wann dort gehandelt werden soll, geht aus dem Konzept des Verkehrsressorts nicht hervor. Die Behörde will sich über Zeitplan und Umfang der Maßnahmen zunächst mit den betroffenen Beiräten austauschen. Die Palette möglicher Maßnahmen ist klar umrissen: Sie sieht unter anderem die Markierung und Ausschilderung legaler Parkflächen in den betroffenen Straßenräumen vor. Zuletzt hatte das Verkehrsressort in einem Gebiet in der Östlichen Vorstadt auf diese Weise die Praxis des aufgesetzten Parkens beendet. Rund 120 vormals geduldete Parkplätze sind seither verschwunden, und die Verkehrsüberwacher des Ordnungsamtes sorgen mit einigem Aufwand dafür, dass die alten Sitten nicht wieder einreißen. Allerdings kommt es dort verstärkt zu Ausweich-Parksuchverkehr in die angrenzenden Quartiere.

Würde man die Gesamtzahl bisher geduldeter und künftig wegfallender Parkplätze vom Beispiel der Östlichen Vorstadt auf alle innenstadtnahen Quartiere hochrechnen, ergäbe sich ein vierstelliger Wert. Wie hoch er tatsächlich ausfallen wird, dazu wollen derzeit weder das Verkehrsressort noch die für die Verkehrsüberwachung zuständige Innenbehörde eine Schätzung abgeben.

Für Maike Schaefer zählt der eingeschlagene Kurs. „Barrierefreiheit und Rettungssicherheit sind nicht verhandelbar“, stellt die Verkehrssenatorin klar. Bei der weiteren Erörterung der Pläne müssten unter anderem der Landesbehindertenbeauftragte und die Feuerwehr „definieren, wo der höchste Handlungsdruck herrscht und was daraus konkret für das legale Parken resultieren soll“, ergänzt ihr Sprecher Jens Tittmann.

Die Innenbehörde sieht sich personell für die tendenziell wachsenden Überwachungsaufgaben gerüstet. Allein 2022 würden für diesen Zweck 15 neue Stellen im Ordnungsamt geschaffen, kündigt Sprecherin Karen Stroink an. **Kommentar Seite 2**

CORONAVIRUS

DEUTSCHLAND

Akut Infizierte	19.229
Fälle insgesamt	(+958) 3.756.856
Genesene	(+1200) 3.646.100
Todesfälle	(+3) 91.527
Impfungen/Quote*	89.387.257/ 60,9%

LAND BREMEN

Akut Infizierte	215
Fälle insgesamt	(+12) 27.755
Genesene	(+2) 27.050
Todesfälle	(+0) 490
Impfungen/Quote	835.481/ 69,8%

NIEDERSACHSEN

Akut Infizierte	1831
Fälle insgesamt	(+57) 263.839
Genesene	(+100) 256.200
Todesfälle	(+0) 5808
Impfungen/Quote	8.699.727/ 63,8%

Letzte sieben Tage / 100.000 Einwohner

Bremen (Stadt)	18,6
Bremerhaven	12,3
Niedersachsen	15,9

Alle aktuellen Daten aus der Region unter weser-kurier.de
Zahlen in Klammern: Veränderung zum Vortag
*Gesamtzahl bisher verabreichter Impfstoffdosen/Anteil aller bisher Geimpften an der Gesamtbevölkerung
QUELLEN: RKI.de/Stand: **26.7.**, 3.13 Uhr/8 Uhr, Senatorin für Gesundheit/Stand: **26.7.**, 15 Uhr
ET: 27.7. © WESER-KURIER/DIMEN

Biontech forscht an Malaria-Impstoff

Mainz. Das Mainzer Unternehmen Biontech will in den kommenden Jahren einen Impfstoff gegen Malaria entwickeln. Man plane den Start einer klinischen Studie bis Ende 2022, teilte das Unternehmen am Montag mit. Ein mRNA-Impfstoff enthält den Bauplan für einen Teil des Erregers, der Körper kann so einen Impfschutz aufbauen. Das Kürzel mRNA steht für Boten-Ribonukleinsäure.

Man wolle ein sicheres und hochwirksames Präparat mit länger anhaltender Immunität zur Vorbeugung von Malaria entwickeln, kündigte Biontech an. Darüber hinaus prüfe man Möglichkeiten, in Afrika Produktionsanlagen aufzubauen, die solche Impfstoffe herstellen können. Das Projekt wird unterstützt von der Europäischen Kommission, der Weltgesundheitsorganisation WHO, der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung sowie anderen Organisationen. „Wissenschaft, Zusammenarbeit und Technologietransfer sind entscheidend bei diesem Projekt“, sagt Biontech-Vorstandschef Ugur Sahin.

Malaria zählt weltweit zu den gefährlichsten Infektionskrankheiten: Im Jahr 2019 registrierte die WHO 229 Millionen Erkrankungen und mehr als 400 000 Todesopfer, die meisten von ihnen Kinder im Alter unter fünf Jahren. Seit Jahrzehnten suchen Forscher nach einem zuverlässigen Impfstoff – bislang ist kein Präparat zugelassen. „Die mRNA-Technologie könnte eine Wende bedeuten“, sagte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. DPA

Weniger Vermisste im Ahrtal

Bad Neuenahr-Ahrweiler/Berlin. Die Zahl der Vermissten nach der Hochwasser-Katastrophe im Ahrtal ist von 149 auf 74 Fälle reduziert worden. Gelungen sei dies nach Untersuchungen der Polizei teils in Zusammenarbeit mit Kollegen in anderen Bundesländern und in Nachbarstaaten, teilte der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) am Montag mit. Unmittelbar nach den Unwettern von Mitte Juli habe sich die Zahl von Hinweisen und Anfragen nach gesuchten Personen auf 5824 belaufen.

Um die Aufarbeitung der Unwetter-Katastrophe ging es am Montag in einer Sondersitzung des Innenausschusses. Nach Ansicht von Bundesinnenminister Horst Seehofer soll die Verantwortung für den Katastrophenschutz weiter bei Ländern und Kommunen liegen. Die notwendigen Entscheidungen müssten weiter vor Ort getroffen werden, sagte der CSU-Politiker. DPA

Bericht Seite 4

H 7166 • 28189 BREMEN

BREMEN

Keine Pause für die Kontakt-Scouts 9

Weil jeder positive Corona-Test bei den aktuellen Lockerungen eine Vielzahl von Kontakten betrifft, hat das Gesundheitsamt kaum weniger zu tun als bei den hohen Infektionsraten im Lockdown.

NIEDERSACHSEN

Inselschule hält Ausschau nach Lehrkräften 13

Vormittags Mathe, nachmittags Surfen: Unterricht an einer Inselschule bietet nicht nur den Schülern Vorteile. Dennoch fällt es schwer, Lehrkräfte auf die Inseln zu locken. Dafür gibt es mehrere Gründe.

SPORT

Fritz wirbt um Verständnis 25

Im ersten Zweitliga-Spiel nach über 40 Jahren kam Werder nicht über ein 1:1 gegen Hannover 96 hinaus. Statt Aufbruchstimmung gab es Pfiffe. Clemens Fritz kann die Reaktionen der Fans nachvollziehen, die negative Bewertung dafür aber weniger. „Natürlich wollten wir mit einem Heimsieg starten, um eine gewisse Euphorie zu entfachen“, gesteht der Leiter Profi-Fußball, doch: „Wir haben es auch mit Menschen zu tun, die nicht auf Knopfdruck völlig befreit aufspielen können.“ FOTO: NORDPHOTO

Extra Markt	14-16	Lesermeinung	7
Familienanzeigen	11	Rätsel & Roman	23
Fernsehen	6	Tipps & Termine	12

Rassismusvorwürfe: Polizei ermittelt

Berlin/Freiburg. Die Berliner Polizei ermittelt in den eigenen Reihen wegen des Verdachts rassistischer und menschenverachtender Äußerungen. Beschäftigte hätten insgesamt fünf Kollegen angezeigt, teilte die Polizei mit. Eine extra für solche Fälle eingerichtete Gruppe führe die Ermittlungen. Auch in Freiburg ging die Polizei wegen eines Verdachts gegen mehrere Beamte vor.

Die Äußerungen, die von zwei Polizisten in Berlin während Streifenfahrten im Mai gemacht worden sein sollen, konnten nicht von Außenstehenden oder Betroffenen wahrgenommen werden, hieß es. Dies sei zwar bei der strafrechtlichen Bewertung relevant, ändere jedoch nichts daran, dass sie im Widerspruch zum Werte- und Selbstverständnis der Polizei stehen. Es seien Ermittlungen aufgenommen und dienstrechtliche Maßnahmen ergriffen worden, so die Behörde.

Die Freiburger Polizei beschlagnahmte nach Hinweisen auf Chat-Nachrichten mit rassistischen Inhalten die Smartphones dreier Beamten. Gegen die Polizisten seien Disziplinarverfahren eingeleitet worden, teilte das Präsidium mit. Der Hinweis auf „vereinzelt fremdenfeindliche und diskriminierende Inhalte“ einer Chat-Gruppe in den Jahren 2017 und 2018 kam demnach aus den eigenen Reihen. DPA

ÜBRIGENS ...

... hat die 3D-Drucktechnologie echtes Potenzial, die Wirtschaft umzukrempeln. Trinkbecher, Spielzeug, Lampenschirme, Schuhe, Zahnersatz, sogar Fahrräder kommen bereits aus dem Drucker. Und: Im nordrhein-westfälischen Beckum ist am Montag ein Haus mit 160 Quadratmetern Wohnfläche eröffnet worden. Beim Bau trug der 3D-Drucker aus einer Düse Spezialmörtel und Beton digital gesteuert in jeweils zentimeterdicken Schichten auf. Der Drucker schafft einen Quadratmeter in fünf Minuten. Das Landesministerium erhofft sich von dem Projekt beispielgebende Erfahrungen für die gesamte Baubranche. In mehreren anderen Ländern, etwa in den USA oder Belgien, stehen bereits Gebäude aus dem 3D-Drucker. DPA

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
25°	15°	70%

Örtlich Regenschauer, warm

Ausführliches Wetter Seite 8